

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 7. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Reichskanzler Bauer spricht.

Die Nationalversammlung hat, seitdem sie in Berlin tagt, am heutigen Dienstag ihren ersten großen Tag. Die politische Aussprache beginnt. Sie knüpft an die Haushaltsfrage, die von der Kommission für das Kriegsministerium, den Reichskanzler, die Reichskanzlei, die Reichsjustizverwaltung, das Reichsfinanzministerium und den allgemeinen Pensionsfonds festgestellt worden sind.

Im Hause herrscht im Vergleich zu der Vorwoche lebhaftere Bewegung. Die Tribünen sind gefüllt. Das Interesse ist stark.

Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr mit der Beantwortung zweier kleiner Anfragen, die von konservativen Mitgliedern des Hauses gestellt worden sind. Unter allgemeiner Unaufmerksamkeit werden die Fragen verlesen und die kurzen Antworten erteilt. Das Interesse des Hauses konzentriert sich auf die Erklärung der Regierung, die den Gang und Inhalt der kommenden Debatte wesentlich beeinflussen wird.

Unter allgemeiner Spannung und lautloser Stille erhält das Wort

Reichskanzler Bauer:

Meine Damen und Herren! Vor Beginn unserer gemeinsamen Wintertagung habe ich dem Herrn Reichspräsidenten eine Erweiterung der Reichsregierung vorgeschlagen und von ihm die Ermächtigung erhalten, mit der deutsch-demokratischen Fraktion der Nationalversammlung in Verhandlungen einzutreten. In diesen Tagen sind sie zum Abschluß gelangt. Die Demokraten sind dem Kabinett beigetreten, dessen Programm Ihnen allen bekannt ist. Herr Schiffer hat das Reichsjustizministerium, Herr Koch das Reichsministerium des Innern übernommen. Dr. David bleibt im Kabinett ohne Portefeuille. Das neue Ministerium für Wiederaufbau, das der materielle Träger unserer Beziehungen nach dem Westen sein muß, auf dessen Leistungen erst das auswärtige Amt seine Arbeit des Wiederaufbaues der politischen Beziehungen gründen kann, wird in den nächsten Tagen besetzt werden. In Frankreich ist ja unter dem Minister Loucheur die gleiche Einrichtung getroffen worden.

So stellt sich Ihnen das Kabinett heute in seiner neuen Gestaltung vor. Ein Kabinett, das die übergroße Mehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes repräsentiert. Ob dieses Stärkerhältnis, wie es die Wahlen vom 19. Januar festgelegt haben, immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstag der Republik zeigen. Sie werden, angesichts des Arbeitsstoffes der Nationalversammlung, nicht vor dem Frühjahr angelegt werden können. Die Arbeiterräte und der Reichswirtschaftsrat, die Steuerfrage, der Etat und die Wahlgesetze, das Mannschafsgesetz und Heimstättenversorgungsgesetz — ich nenne nur die größten gefälligen Aufgaben — werden unbedingt noch von diesem hohen Hause erledigt werden müssen. Es wird also lediglich von der Arbeitskraft und dem bewährten Pflichtbewußtsein der Nationalversammlung abhängen, auf wann der Wahltermin bestimmt werden kann. Die Regierung wird in dem von mir geschätzten Rahmen mit dem frühesten Termin einverstanden sein. (Beifall.)

Das Programm des Kabinetts — das sagte ich bereits — ist das gleiche geblieben. Die Verhältnisse werden es mit sich bringen, daß bald der eine, bald der andere der darin aufgestellten Punkte in den Vordergrund tritt und seine gefällige Erfüllung fordert. Ich darf Ihnen daher kurz die Aufgaben aufzählen, die der Regierung für die nächste Zeit, für diesen Winter, besonders dringend erscheinen und deren beschleunigte Lösung sie mit Ihnen anstreben will. Vorerst aber ein Wort über den

allgemeinen Geisteszustand unseres Volkes,

der ja für jede politische Einigung den wichtigsten Gegenstand darstellt.

Eins darf ich dankbar und freudig feststellen: es geht wieder ein Zug nach Arbeit, nach Konsolidierung durch das Volk, besonders durch die Arbeiter! Ich buldige keinem weilsfremden Optimismus und bilde mir nicht ein, wir seien nach unserem tragischen Zusammenbruch nun schon über den Berg. Aber gerade ich, als alter Gewerkschaftler, weiß zu unterscheiden zwischen Streit und Streik. Gewiß, es wird noch immer zuviel gestreikt in Deutschland, viel zuviel. Für die Wirtschaftsaufgaben, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist jeder Tag erzwungener Arbeitsruhe verderblich. Aber wenn es auch heute noch politischen Einseitigen gelingt, bald hier, bald dort die Arbeiter aus den Betrieben herauszubringen: die wilde, heftige, unbedenkliche Streiklust ist verrückt! Die gewerkschaftliche und politische Schulung macht sich überall wieder geltend. Der Streik wird wieder und muß wieder werden, was er war: das Letzte, nur mit höchster Selbstsucht anzuwendende, wirtschaftliche Kampfmittel, das eine zweischneidige Waffe ist. Das aber muß es auch bleiben, und eine Regierung, der vorzuziehen ich die Ehre habe, wird nie an das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel zu rühren wagen, dessen Notwendigkeit nicht anders ist als der Beweis, daß es eben auch heute noch wirtschaftlich Stärkere und wirtschaftlich Schwächere gibt. (Anruhe rechts)

Wenn aber die Arbeitsunlust, diese eine zerstörende Erbschaft des Krieges, im Abebben begriffen ist, die andere nicht minder

unheilvolle steht noch in voller Blüte: die Korruption! Noch immer hat bei uns fast alles seinen Preis und meist seinen Wucherpreis, von der Schieberware bis zu dem, was man einstens Treu und Glauben hieß. Eine moralische Erkrankung ohne Gleichen gilt es hier in allen Schichten zu bekämpfen mit allen Mitteln (Sehr richtig!), mit aller Erbarmungslosigkeit, ohne irgendein Ansehen der Person. Wir wissen, was wir besonders unseren Beamten an Scham und Anerkennung schulden, aber gerade den unantastbaren Beamten gegenüber sind wir verpflichtet, gegen die Korruption innerhalb des Beamtentums aufs schärfste einzuschreiten, um es wieder zu dem zu machen, was es war: eine Körperschaft von sprichwörtlicher Unbestechlichkeit! (Bravo!)

Reine Damen und Herren! Auch die parlamentarische Tätigkeit dieses Winters wird in großem Umfang in der Feststellung der

Rechte der wirtschaftlich Schwächeren,

vor allem der Arbeiter bestehen! Das ist nicht, wie uns von der Unternehmenseite so oft vorgeworfen wird, eine Liebesdienstleistung, eine Verharmlosung der Arbeiterkraft! Nein, denn gerade hier ist eben unendlich Vieles versäumt worden. Keine Gnade, wie im kaiserlichen Deutschland, kein Recht und Rechte verlangt die Arbeiterkraft, in dem Umfang, wie es ihrer Bedeutung für das Volksganze zukommt. Die Republik ist entschlossen, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen und alte, böse Schulden abzutragen. Der Ausdruck dieses Entschlusses ist vor allem der

Gesetzentwurf über die Betriebsräte,

das Ihren Ausdruck seit längerem beschäftigt und dessen unbedingte Annahme die Beratungen hoffen lassen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte wird beschleunigt fertiggestellt und soll Ihnen sobald wie möglich vorgelegt werden. Erst diese beiden Gesetze zusammen geben dem Artikel 165 der Verfassung seinen Inhalt. Sie sollen durch ihren Verfassungscharakter, unberührt von etwaigen Schwankungen der inneren Politik, den Arbeiter in Zukunft führen, an der Entwicklung der Wirtschaft mitzubeteiligen und

ihm Hausbesitzerrechte geben,

wo er bisher nur schlecht gedankte Pflichten hatte. Mit der Erreichung dieses Zieles ist aber auch der Zeitpunkt gekommen, wo der Kampf um die Arbeiterräte aus dem Stadium der Schlagworte und der volkswirtschaftlichen Dilettanten herauskommen und sich mit den Realitäten des Wirtschaftslebens beschäftigen muß. Die Reichsregierung ist bestrebt, die Arbeiter so zu fördern, daß die Wahlen zu den Betriebsräten möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden können, und daß die Wahlen zu den Wirtschaftsräten ihnen vielleicht schon einige Wochen später werden folgen können. Damit wird der provisorische Zustand, in dem sich jetzt die Arbeiterräte und der Zentralrat befinden, in einen endgültigen überführt. Die Reichsregierung ist mit dem Zentralrat darüber einig, daß dies je eher desto besser geschieht. (Beifall bei den Sozialdemokraten; Anruhe rechts und auf der äußersten Linken.)

Eng mit dieser Einführung des Arbeiters als Gleichberechtigten in dem Produktionsprozeß hängt die Frage zusammen, wie dieser Prozeß vor mutwilligen Erschütterungen zu bewahren ist. Ich habe vorher gesagt: das

Streikrecht darf nicht angefaßt

werden. Aber wir müssen es mit dem Gesetz der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in Einklang bringen. All die Schlichtungen von Arbeitsstreitigkeiten in den letzten Monaten haben die Notwendigkeit einer Neuregelung des Schlichtungswesens für jeden erwiesen, der den Charakter des Streiks als eines berechtigten Kampfmittels nicht ruiniert sehen will. Wie die Justizprozedurung das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten regelt, so muß eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf im Reichsarbeitsministerium bereits vorliegt, die Rechtsgarantien für ordnungsgemäße Verrichtung der Schlichtungsausschüsse und für ein geregeltes Verfahren festlegen. Die Geschichte unseres Gerichtswesens zeigt uns den Weg, an die Stelle

des Hausrechts, der notden Gewalt

tritt das geregelte Gerichtsverfahren, dessen Urteil sich auch der Widerstande nicht zu fügen hat. Es ist klar, daß das Letzte Ziel dieser Entwicklung das obligatorische Schiedsgericht ist, das, wie ich im Juli vor diesem hohen Hause ausübte, die Streiks auf das äusserste Maß und die schwersten Fälle beschränkt und von dem ich sagte: Es würden dabei alle Sicherheiten zu schaffen sein, damit jede Partei zu ihrem Rechte kommt, aber vor allem muß auch das Recht der Allgemeinheit auf Veruhigung des Wirtschaftslebens sichergestellt werden.

Neben diesen großen Problemen stehen Aufgaben im einzelnen, alle aus dem gleichen Geist sozialer Gerechtigkeit geboren, alle für einzelne Kategorien von Volksgenossen von entscheidender Wichtigkeit. Vor allem sind es

die Kriegsbekämpften,

die noch wie vor der Hilfe des Landes bedürfen. Da das Maß ihrer Arbeitskraft nicht wiederhergestellt werden kann, muß alles getan werden, um sie vor dem sozialen Verfall zu schützen. Ein Gesetz über den Einhellungszwang soll dazu beitragen, gerade den Schwerbeschädigten Arbeit und Auskommen zu sichern. In die gelungene Arbeiterschaft richte ich den Appell — und ich bin gewiß, daß er nicht ungehört verhallen wird — jede erhebliche Rücksicht auf diese schmerzge-

prüften Kollegen zu nehmen, und damit auch in diesem Punkte die unerschütterbare Solidarität der Arbeiterschaft zu beweisen. Daneben geht das große Werk der

Neuregelung der Militärrentenversorgung,

Nicht mehr nach militärischen Dienstgraden, sondern nach sozialen Gesichtspunkten aufgebaut, soll dies Gesetz noch in diesem Winter zum Abschluß gebracht werden. Ein dritter Weg, den Opfern des Krieges vor allem zu helfen, wird auf dem Gebiet der Ansiedlung beschritten werden, wo die neue Verfassung die Zuständigkeit des Reiches ja bedeutend erweitert hat. Sie haben bereits im August das Siedlungsgesetz erlassen, aber Verhältnisse, die sich schwer oder zurzeit kaum ändern lassen, haben es mit sich gebracht, daß dieses Gesetz größtenteils nur auf dem Papier steht. Der Kriegsbekämpfte, der Arbeiter, der zurückgekehrte Kriegsgenosse fragt nicht nach Gesetzen; er will das ihm bestimmte Grundstück sehen, er verlangt nach Baugeldern und Baustoffen. Die Schwierigkeiten in der Praxis brauche ich Ihnen nicht auszumalen. Aber auch hier hoffen wir mit der Hilfe der einzelnen Länder vorwärtszukommen und ein Schritt voran soll das Reichsbaukreditgesetz sein, das Ihnen voranschicklich in Vorbereitung ist.

Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeiterschutzes ist ein

Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung,

das eine der wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution, den Achtstundentag sicherstellen soll. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Zunächst verlangen die gewerkschaftlichen Grundzüge und nicht minder die finanziellen Verhältnisse des Reiches eine Umgestaltung der vielfach mißbrauchten Arbeitslosenversicherung im Sinne einer verstärkten Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen. Den endgültigen Abbau der heutigen Zustände soll die gesetzliche Arbeitslosenversicherung bringen, die im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung ist. (Beifall links.)

Erschöpfend kann natürlich diese Aufzählung der hauptsächlichsten und dringendsten Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsrechts nicht sein. Ich habe nur erwähnt, was meinen Aufschub erduldet, wenn nicht die erfolgenden Ansätze wiederum verschüttet werden sollen, die sich im Denken und Fühlen unseres Volkes in der Richtung nach Ruhe und Gesundung zeigen.

Der Reichskanzler wendet sich nunmehr der Fragen des wirtschaftlichen Aufstiegs, der Valuta, der Kohlenförderung und des Transportwesens zu. Er erwähnt die Verleumdungen, die im Ausland umgehen und der deutschen Regierung den Friedenswillen absprechen. Den meisten Mißdeutungen ist

die Reichswehr

ausgesetzt. Der Redner fährt fort:

Wir brauchen heute die Truppen noch zu zwei Zwecken: erstens, um im Innern das Maß ständiger Ordnung auch gegen die Gewalt aufrechtzuerhalten, ohne das gerade die Umwandlung in das neue, freiheitliche Staatswesen nicht möglich ist (Unruhe der Unabhängigen), und zweitens, um dort ein Vorwagnen der Entscheidung zu verhindern, wo nach dem Friedensvertrag eine freie, unbegünstigte Volksabstimmung über das künftige Schicksal deutscher Landesteile erwünschenswert ist. Das sind diese zwei Aufgaben immer noch obliegend und militärische Kräfte verlangt, ist nicht unsere Schuld, sondern beruht auf der immer neuen Verzögerung der Ratifikation durch die Parlamente der Entente. Vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ist die Herabminderung des Heeres auf die vorgeschriebene Mindeststärke nicht möglich. So haben wir heute noch rund 200 000 Mann im Innern und fast ebensoviel an den östlichen Grenzen stehen, eine Zahl, die unserer früheren, bis an die Zähne noch bewaffneten Heerden wahrhaftig nicht gefährlich werden könnte, selbst wenn es in Deutschland Karren gäbe, die das schwache Instrument in einen neuen Kampf führen wollten. Solche Karren gibt es nicht. Wenigstens nicht im Kreis der Männer, die über die Politik der Republik zu entscheiden haben. Aber, es ist auch nicht die Zahl der Soldaten, die uns, besonders in der letzten Debatte in der französischen Kammer über die völlige Entwaffnung Deutschlands, als Hauptargument entgegengesetzt wurde, sondern der angebliche Geist, der in den Truppen herrschen soll, der Monarchismus, der Militarismus!

Wie alle unseren Einrichtungen, so befindet sich auch die Reichswehr in einem Uebergangsstadium, einem Zustande der Umbildung, der

Anpassung an die junge Republik.

Sie mußte aus Trümmern aufgebaut werden, aus den Trümmern einer Armee, die mehr als eine Institution des alten Reichs monarchistisch-kaiserlich war. Daß da Personen — und das muß offen zugegeben werden — mit Anschauungen, in das neue Gebilde mit übergegangen sind, die monarchistisch und kaiserlich sind, ist selbstverständlich. Es war aber die Aufgabe des Reichswehrministeriums und wird sie, bei der durch den Friedensvertrag aufgelegten Verkleinerung erst recht sein, jeden Mißbrauch der Reichswehr in dieser Hinsicht zu vermeiden. Elemente, die auf einem solchen Mißbrauch hinarbeiten, auszumerzen und den Männern mehr und mehr Einfluß zu verschaffen, die nicht nur widerwärtig, sondern aus Ueberzeugung auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehen. Dabei soll aber keine Gesinnungsausschleifung und keine Parteivorzugsung das Wort gerebet werden. Der feine

Wird hat und seine Stellung nicht seinerseits parteipolitisch mißbraucht, ist in der Reichswehr der Republik willkommen. Aber über die militärische Disziplin, was das Vorgesetzten- und Untergebenenverhältnis zu Exerzieren gegen Republik, Regierung und gegen die militärischen Parteien benutzt, der — das kann ich Ihnen im Namen der gesamten Regierung versichern — darf weiterhin keinen Platz mehr in der Reichswehr haben! Wir wollen keine weiße und keine rote Garde! Eine Garde, die — das ist unser Ziel, die in den Wirrnissen dieser unglückseligen Zeit das Volk manchmal vor sich selbst, in den meisten Fällen aber vor den Abenteurern einiger Wenigen schützt.

Auf was stützt sich nun das Rätschen von angeblichen deutschen Militarismus? Es ist zugabener, das Ausland kann sich nicht so schnell in die veränderte Stimmung hineindenken oder vielmehr in die Laune, daß die immer vorhandene pazifistische Stimmung in Deutschland die Oberhand gewonnen und die Führung an sich gerissen hat. Aber das schlimmste ist, daß dem Ausland aus Deutschland selbst von rechts und von links das

Bild der Republik gestiftet

wird, daß von den Deutschenationalen wirklich der Eindruck eines erschütternden Nationalismus mit Willen angestrebt wird, während die Unabhängigen sich nicht genug tun können in Verdächtigungen der Regierung, als gäbe sie absichtlich oder durch schändliche Duldung reaktionäre Kräfte. (Große Unruhe rechts und links: Lärm.)

Hier ist ein eindeutiges, unbedingtes Nares Wort am Platz. Ich erkläre daher mit voller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck: Es ist unser Bestreben, den Friedensvertrag nach Kräften und in allen Teilen zu halten und zu erfüllen. In ganz besonderem Maße gilt das aber von den militärischen Bedingungen des Vertrags. Zwei Monate nach der Ratifizierung soll das deutsche Heer nur noch 200.000 Mann betragen; also wird es nur 200.000 Mann betragen, nicht einen mehr. Wir werden auf keinem Wege anstreben, verdeckte Vergrößerungen dieser Zahl unter irgendeiner Maske zu erzielen. Weder mit Krumpfsystem, noch mit einem vertragswidrigen Ausbau der Einwohnerversicherung, die nichts sind und nichts sein wollen als freiwillige Polizeiorgane für Tage terroristischer Unruhen, werden wir den Artikel des Vertrages umgehen. Dem Inland und dem Ausland sage ich: Die deutsche Regierung kennt keine heimlichen Vorbehalte, sie will von dem Grundsatz: Not kennt kein Gebot, nichts wissen. Sie erfüllt, was immer sie erfüllen kann, selbst unter der Last dieses Friedensvertrages, den die französischen Sozialisten mit Recht ein schlechtes Geschäft und eine schlechte Lat genannt haben! (Starker Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Wer die Unabhängigen haben ja auch

die Vorgänge im Baltikum

der Regierung aufs Schuldlos geschrieben und daraus vor aller Welt den Vorwurf imperialistischer oder gar monarchistischer Reigungen des Kabinetts abgeleitet. Was alles hat in den unabhängigen Blättern gefunden und ist von da in die französische Presse übergegangen. (Unruhe und Lärm bei den U. S. G.; Lärm links.) Dort oben sollten die Armeen der Gegenrevolution aufgestellt werden, General von der Goltz sollte der neue Held sein, die deutsch-russische heilige Allianz sollte in Riga und Schaulen aufs neue begründet werden, ja der Weltkrieg durch die dort verammelten Soldnerscharen noch einmal ausgebrochen und zugunsten Deutschlands entschieden werden.

In einem fremden Land lagerte mit den Gedanken an einen längst als verdrängt erkannten Nationalstaatspolitik ein Soldnerheer, das von der Bevölkerung, die es anfangs dringend befehligen hatte, als lästig empfunden wurde und immer mehr in Gegensatz zur Menschheit und zur deutschen Politik geriet. Versuche, die angeworbenen Reichsdeutschen auf gutlichem Wege zur Heimkehr zu bewegen, scheiterten. Die Gefahr eines Ententeultimatums kam immer näher, um so mehr, als westliche Kreise aus einer vertieften Balkanromantik sich nicht in die harten Realitäten zurückfinden konnten, die einem besiegten Volk obliegen.

So verfügte die Reichsregierung am 25. September, also drei Tage vor dem Eintreffen des Ententeultimatums, die schärfsten Maßregeln, die gleichzeitig zur Kenntnis der Entente gebracht wurden. Die Grenze wurde gesperrt. Auf Abenteurer, die dennoch nach dem Baltikum vordringen wollten, soll scharf geschlossen werden. Munitionszufuhr war schon gesperrt. Jetzt wurde die Sperre von Nahrungsmitteln und Wohnung angeordnet. General von der Goltz, der in den Augen der Welt als Träger des Willigen Expansionsgedankens, wenn auch zu unrecht gilt, wurde abberufen. Nach dem Ultimatum wurden diese Befehle noch

mal in schärferer Form zusammengefaßt und der Hebertritt in russische Dienste unter der Strafe des Verlustes aller deutschen Ansprüche gestellt. (Lärm!)

Das ist die deutsche Politik der Reichsregierung. Heraus wollen wir mit allen Mitteln, selbst um den Preis der Aufopferung von Kriegsgeldern und Wehrmännern, heraus aus einem Land, wo wir nicht zu Hause haben. Der Aufruf der Regierung an die Truppen im Baltikum hat, so denke ich, eine deutliche Sprache gesprochen. Ich bin überzeugt, unsere Maßnahmen werden zu einem Erfolg führen, um so schneller, wenn die Entente unseren Vorschlag annimmt, eine Kommission mit uns zu bilden, deren Aufgabe es wäre — ich habe das noch einmal nachdrücklich hervor — nach Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zur schleunigen Durchführung zu treffen, zu übernehmen und durchzuführen!

Dennoch laut das Ultimatum mit der fürchterlichen Drohung, den Krieg gegen unsere Frauen und Kinder aufs neue zu eröffnen, den unmenschlichen Bombardement, und zwar fast im gleichen Augenblick, in dem die französische Kammer den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

So haben wir uns den Anbruch der Ära des Völkerverbundes nicht gedacht. Wir haben den Vertrag mit den Völkern mit Freuden begrüßt, weil hier zwischen zwei Völkern, deren Beziehungen nicht einfach und nicht reibungslos sind, der verhandlungsmäßige Weg des Ausgleichs gefunden und mit Erfolg beangangen worden ist. Es wäre, das ist meine feste Überzeugung, ein Glück für die ganze Welt, wenn unsere bisherigen Gegner auf diesem Wege nachfolgen würden!

Der Reichskanzler macht für die Mißdeutung der deutschen Reichspolitik im Ausland in erster Linie die Deutschenationalen und die alldeutsche Presse verantwortlich. Er zitiert konservative Blätter, was auf der rechten Seite mit großem Lärm quittiert wird.

Die letzten Sätze des Redners gelten den heimkehrenden Kriegsgefangenen. Er begrüßt sie mit bewegten Worten, die Bewegung auslösen.

Mit einem Ausblick in die vor uns liegende schwere Zeit der Erfüllung des furchtbaren Friedensvertrages schließt der Reichskanzler unter dem starken Beifall der Regierungsparteien. Rechts und links wird gerufen, was erneute Beifallskundgebungen der Mehrheitsfraktionen auslöst. Die Debatte beginnt.

Der englische Mißerfolg.

Die englische kapitalistische Regierung und die englische kapitalistische Presse freuen sich in Gemeinschaft mit der Berliner sozialistischen „Freiheit“ über den „Sieg“ der englischen Eisenbahnarbeiter, den die letztere gestern abend strahlend verkündete. Zugleich muß die „Freiheit“ eingestehen haben, daß die Methode, sich gedankenlos immer im Gegensatz zum „Vorwärts“ zu stellen, die Gefahr der Verblöding in sich birgt, denn im heutigen Morgenblatt ist sie still geworden.

Eine Reutermeldung vom 5. Oktober sagt u. a.: „Es ist noch zu früh, alle Lehren aus dem Auslande zu ziehen; aber zunächst ist klar, daß er, soweit er einen Versuch darstellte, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, ein ungeheurer Mißerfolg gewesen ist. Die Eisenbahner haben 200.000 Pfund Sterling an Auslandsunterstützungen erfolglos aufgewendet; es ist ihnen nicht gelungen, das tägliche Leben der Nation auch nur einen Augenblick in Gefahr zu bringen.“

Beginnt eine Lobhudelei auf die bewundernswürdige Organisation der Rotflandendienste, die Leistungen der Streikredner und die über alles Lob erhabene Haltung des ganzen Volkes, wobei selbst den Gewerkschaften, einschließlich der Eisenbahner, zugesprochen wird, daß sie ihr Bestes tun im Bemühen um die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verhinderung von Sabotage.

In einer anderen englischen Meldung heißt es: „Überall herrscht Freude darüber, daß Regierung und Volk dem Eisenbahnerstreik so erfolgreich die Stirn geboten haben. Die Bedingungen, unter denen die Einigung erzielt worden ist, gehen über die von der Regierung

vor Ausbruch des Streiks angebotenen Bedingungen nicht hinaus. Es ist nur die Garantie gegeben worden, daß die jetzigen Löhne ansteh bis zum nächsten März sechs Monate darüber hinaus in Kraft bleiben. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Erfolg, mit dem dieser plötzliche Streik bekämpft worden ist, die heilsamste Wirkung für die Zukunft haben wird.“

Im Gegensatz zur „Freiheit“ teilen wir die Freude des englischen Bürgertums nicht, sind aber auch der Meinung, daß das magere Ergebnis des Kampfes den Aufwand an Opfern nicht aufwiegt. Verdient der Mut und die Energie der englischen Massengenossen unsere Bewunderung, begrüßen wir auch diesen irischen Luftstich des ersten Kampfes englischer Proletarier gegen das gewalttätige Kapital der Welt, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß die „heilsamste Wirkung“, von der die englische Meldung spricht, tatsächlich als Lähmung infolge der verfehlten Aktion in Zukunft eingeschätzt werden muß. Soffen wir, daß sich die englischen Arbeiter stark genug fühlen, um der augenblicklichen Niederlage mit jener fühligen Kraft ins Gesicht zu schauen, die auf die Selbsttäuschung deutscher Sozialisten zu ihrem Seile verzichten kann.

Der europäische Friedensvertrag.

Der italienische König hat am Montag durch einen Erlass die Bestätigung des Friedensvertrages von Versailles verkündet. Damit ist für Italien als letzter der uns einst feindlichen Großmächte der Vertrag rechtskräftig geworden.

Wie sehr dieses nun standesamtlich beglaubigte Kind erblich belastet ist, beweist Fiume, wo immer noch ein größtenteils wahnstarriger Handwärt an den Drähten der italienischen Militärpartei tanzt. In England scheint man dieser Parodie überdrüssig zu werden, so belagt eine Meldung der Agencia Stefani aus London, daß die englische Regierung in Kürze auf Beendigung des ungesunden Zustandes in Fiume dringen werde, wünsche Italien nicht, daß sein Verbleiben im Vierverbande gefährdet werde.

Ob dieser Druck etwas nützt, ist zweifelhaft. Die italienische Kammer hat sich von d'Annunzio fortziehen lassen, zugleich hat die italienische Presse eine künstliche nationalistische Ekstase in der Öffentlichkeit erzeugt, deren sich weder Ritti noch Giolitti entziehen konnten; auch England und Frankreich werden darauf Rücksicht nehmen müssen. Die italienische Regierung hat denn auch den Schein des Rechts, den sie bisher zu wahren bestrbt war, fallen gelassen. Die Blockade über Fiume ist aufgehoben. Das Schicksal Fiumes ist besiegelt. Der Himmel ist hoch und Wilson ist weit.

So sehr man im Westen den heiligen Eigennutz der italienischen Imperialisten nachzufühlen geneigt ist, so schwer scheint es Deutschland zu fallen, mit seinem Ernst in der Durchführung des Friedensvertrages diesen Eindruck zu machen. Pariser Blätter besprechen die deutsche Note über die Stimmung des Balkanlandes. Mehrere von ihnen erklären — nach Sabas —, daß Worte und Taten der ehemaligen Gegner des Verbandes sich doch zu sehr widersprochen hätten, als daß die Alliierten sich mit einem einfachen Verprechen und gutem Willen zufrieden geben könnten. Will man nicht hören, daß die deutsche Regierung alles tut, was in ihren Kräften steht? Was erwartet man eigentlich? Einen militärischen Strafzug?

Nach den letzten Meldungen sollen die baltischen Truppen, vornehmlich die Offiziere, die Absicht haben, im Baltikum zu bleiben. Es wird natürlich nur Kommando Kommando, denn die Weiten sind nicht gewillt, die Herrschaft einer Vaterlandslosen Soldateska, wie sie die „russische“, aus Deutschen bestehende Division Vermont darstellt, zu ertragen. Es ist selbstverständlich, daß diesen Leuten deutscherseits nicht nur jede Hilfe verweigert wird, sie müssen auch wegen der Gefährdung, in die sie Deutschland durch ihre Haltung bringen, bei einem etwaigen Hebertritt auf deutsches Gebiet zur Rechenschaft gezogen werden. Vor allem wäre es an der Re-

Gefährten.

Vom Wege eines Arztes.

Schon von weitem erkannte ich sie. Vor dem kleinen Schulwärtchen sah der eine schwer und matt in seinem Stuhl, und der andere stand davor — er fühlte sich ja so stark.

Wie es ihnen ginge. Oh, das hübsche Gucken wäre bereits besser — aber die Stimme klang so schwach und unterwürdig. Der da sah, schaute mich hüfend und traurig an, der Atem ging so schwer. „Das tut nichts“, erklärte der „Kräftige“, „denken Sie, wie es im Frühjahr mit mir war; und jetzt sehe ich hier und gehe täglich spazieren. Können Sie nicht sehen?“

Optimismus greift mir ans Herz, der Optimismus, der aus seinem Krampfgefühl noch anderen Mut und Aufrechterhaltung spenden will, aus seinem selbstfuggerierten Krampfgefühl im Durst nach dem Leben. Gefährten! Beide mit vergilbten, zerfurchten und gespaltenen Gesichtern, hohlen Wangen und tiefen Augen, denen man das Leid so deutlich ablesen konnte. An den Schläfen die geschlingelten Adern, die die Mäusel des Lebens und die Jahre so lange gehärtet hatten, als sie erstarrten. Weiden ging die Brust so schwer, dessen merkte man das schwere Schlagen des Herzens an, das aber das lebensberaubende Röhrenweil des Körpers nicht mehr genügend versorgen konnte.

Und so waren sie beieinander, die der Tod mit seinen Erkennungszeichen versehen hatte. Das gemeinsame Leid hatte sie zueinander geführt und das unbewußte Gefühl des gemeinsamen Schicksals in kurzer Zeit. Und beide lebten das Leben. Und so sprachen sie von ihrer Krankheit, aber keiner vom Tod. „Mir schien es, als wären sie Klippen in dem sie umbrandenden Meer des Lebens, als wären sie umgeben von einem Ball, der sie absonderte von dem, was ist — Demarkation nennt es der Redigier.“

Als ich wieder zurückkam, sah nur der eine noch da, der andere war fort. Wie lange wird es dauern, daß sie sich für ewig verabschieden, der eine und der andere! Um sich vielleicht wieder zu finden dort, wo es keine Zeit, keinen Raum gibt — Gefährten, Atome der Existenz. . . .

Zum Tode Nicodés.

Der Dresdener Komponist, der im 68. Lebensjahr einer Wartungsvergütung erlegen ist, hat sich erst spät und unter schweren Kämpfen und Anstrengungen die Anerkennung erlangt, die in der im diesjährigen Frühjahr erfolgten Berufung des Künstlers in die Akademie der Künste endlich auch offiziell zum Ausdruck gekommen ist. Der Schwerpunkt seines tonkünstlerischen Schaffens liegt in seinen symphonischen Werken, die ihren Schöpfer als einen im hohen Maße im Vermögen bedeutenden Vertreter der neuromantischen Liedichtung im Sinne der Programmmusik (Licht-Tagewachtungs- und Nachtgesänge) kennzeichnen. Und hier ist es wieder die im formalen Ausdruck der Schöpfung und des Ausgebildeten an Klang-

lichen Ausdrucksmitteln ins Riesengroße gewachsene „Gloria“-Symphonie, die die Krönung des Lebenswerkes des Symphonikers bildet. Im Sturm- und Sonnennied „Gloria“ hat Nicodés die Höhe und Kämpfe seines eigenen Lebens, das im Ringen um die höchsten Ideale an der brutalsten Wirklichkeit gescheitert, in einem grandiosen Tonwerk mit ergreifender Schärfe der Empfindung dargestellt. Wie Richard Strauß im „Heldenleben“ läßt sich auch Nicodés die Gegenwart nicht entgehen, mit den Ritten einer eindringlichen Tonmalerei das musikalische Panoptikum vor sich stellen und sich im besonderen seinen Wut gegen seine kritischen Widersacher von der Seele zu schreiben.

Späher einer französischen Emigrantenfamilie, wurde Nicodés am 12. August 1859 zu Jersch bei Gosen als Sohn eines Gutbesizers geboren. Der siedelte nach dem Verlust seines Gutes nach Berlin über und ernährte sich und seine Familie als Orchestergeiger. Er war auch der erste Lehrer des Sohnes, der sich in der Folge an der neuen Akademie der Kunst als Schüler Kullaks zum Pianisten bildete und von Büerli und Adel in der Komposition unterwiesen wurde. Nachdem er sich in Berlin als Klavierlehrer und Pianist in den von ihm begründeten und nach ihm benannten Montagskonzerten einen Namen gemacht hatte, folgte Nicodés 1878 einem Ruf als erster Klavierlehrer an das damals von Franz Wüllner geleitete königliche Konservatorium nach Dresden, und diese Stadt hat er bis zu seinem Tode nicht mehr verlassen. Nach Wüllners Weggang von Dresden trat auch Nicodés 1885 von seinem Lehramt zurück, und es ist bezeichnend für die Rüstungslosigkeit der damaligen, von blindem Haß gegen die litigische Richtung besessenen Direktion des Dresdener Konservatoriums, daß der Rücktritt Nicodés erfolgte, weil ihm die Direktion die Aufführung der „Haut“-Symphonie von Liszt an einem seiner Prüfungssabende untersagt hatte. Bald legte er auch die Leitung der Nicodés-Konzerte und eines von ihm begründeten A. Capella-Chores nieder, um sich fortan ganz der Komposition zu widmen.

Von Nicodés Werken sind neben der „Gloria-Symphonie“ die „Symphonischen Variationen“, die Symphonische Dichtung „Ratia Stuari“ und die großartige symphonische Ode „Das Meer“ zu nennen. Daß deutsche Arbeiterkünstlerbünde dem letztgenannten Werk mehrfach ihre erste Arbeit zugewandt haben, daran wurde schon gestern erinnert.

Der Jungsozialist. Im Anschluß an die Arbeiterhochschule Frankfurt a. M. erscheint unter diesem Titel jetzt in monatlichen Hefen ein Organ, dessen Propagandawert wir vor einiger Zeit bereits gekennzeichnet haben. Das erste, eben versandte Heft (September) läßt erkennen, daß und inwiefern hier praktische Arbeit (wobei im Anschluß an die Kurse) geleistet werden soll. Der Titel des Organs zeigt den Kreis derer, die beiführend beteiligt werden sollen, und grenzt auch das Ziel gegen die weiterreichenden Bildungsbestrebungen für die Volksgemeinschaft ab. Hier wird die Einführung in das Bildungsgebiet sozialistischer Denkmals für den jungen proletarischen Nachwuchs sozialdemokratischer Parteibewegung erstrebt.

Daß Kardinal legi in diesem ersten Hefte in geschichtlichen Ausführungen dar, was unter Gesellschaftsbedingungen zu verstehen ist. Dr. Ernst Wendard nimmt das beherrschende Schlagwort der zeitigen Bewegung des Tages her: er erläutert die Beziehungen

Impressionismus und Expressionismus. Beide Auffänge sind elementar gefaßt, geben aber dennoch mehr als Fabelweisheit. Wendard nimmt zwei Bildbeispiele zu Hilfe. Er erzählt, wie anders vor einem Menschenalter die jungen Sozialisten sich im Vergleich zu den heutigen betrogen: der Sinn für Parteigeschichte wird durch diesen Aufschwung erregt, und das ist ein notwendiges Ziel. Es ist überhaupt eine gute Methode, den Bildungstrost vergeblich an die jungen Köpfe heranzuführen. Das veranlaßt ein Abwogen, gibt Anspornung und weckt so das Durchdenken. Darauf aber kommt es an, wenn das Bildungsvermögen Segen bringen soll. Das Bestreben, an Gegenwärtigen, Gegenwärtigenem anzuknüpfen, ist ein weiteres Bedürfnis, daß hier vernünftige pädagogische Grundzüge am Werke sind. Das neue Organ kostet jährlich 3,50 M., das Einzelheft 35 Pf. Georg Simon in Frankfurt a. M., Koblenger Str. 33, hat den Verlag.

Drittes Weingartner-Konzert. Nach Schillings, dem nächstwertigsten Ausleger, nach Fikner, dem deutschen Romaniker, übernimmt als dritter Karl R. u. d. die Vertretung Weingartners. Überwiegend und dann stürmisch begrüßt darf er den Taktstock haben in dem Gefühl, daß man ihn herzlich gern wieder in Berlin sieht. Er hat die Höhe, die Objektivität des geborenen Dirigenten, der sein Temperament beizähmt, indem er es nicht in Eigenbewegungen, sondern im Willen des Orchesters fassen läßt. Fast ging diese Objektivität zu weit. Von dem aus Anrechnung zurückstehenden heimfindenden Musik hätte ich das Triumphische des Freieisenbahnwagen fortziehender, frohender gedacht. Erst der tiefe Ernst der 4. Prokimonischen Sinfonie scheint dem Dirigenten ganz zu ergreifen. Hier zeigt er erlesene Kunst des Pianowerts, die alle erprobte Fähigkeit, die Russen zusammenzufassen und Werke streng nach ihren Stimmungen zu gliedern. Ein Wohlwärtiger schöner Prägnanz, kein Wender, kein Melodie-Tranfener. Die Art, wie er Strohm brachte, hatte Charakter, Phyllogonomie, die Beherrschung und Rodulierungen waren fest begründet. So war man gespannt im Laune eines großen Konstanten und war dennoch nicht gerade hingerissen. Das Mendelssohnische Violinkonzert spielte Willy Burmester. Spielt es mit süßen, allzufühnem Ton und verführte sich — bei aller Verbeugung muß es gesagt sein — durch verführte Anhalten in Permaten, durch Willkürliches Staarkieren am Schluß der Kadenz, durch Zerreißen geschlossener Phrasen dem Ton und der Devour zuziehe an dem Geist dieses klassischen Werks.

K. S.

Theater. Die Direktion der Volkshöhne hat „Die Gänsemagd“, ein Tier- und Menschenmärchen von Karl von Heiner zur Aufführung in dieser Spielzeit erworben. Die Erstaufführung findet am Sonntag den 11. Oktober statt. — Das Schiller-Theater Charlottenburg bereitet für den 12. Oktober die Erstaufführung von Angenbräuer Voltsstück „Der Weineidbauer“ mit Hog Polleg in der Lützowstraße vor.

Die Schiller-Beethoven-Feste veranstaltet der Volkstrustbund Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Stadtgasse, Klosterstraße. Amanda Linnet, Paula Weber, Bruno Wille treten auf.

Der Film in der Kirche. Die Kriegsmobilfahrtsmede der Militär-gemeinde findet am 17. Oktober, 7 Uhr abends, in der alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße 4/46, eine einmalige Vorführung des Weltkriegsfilms „Dreimal“ statt. Die musikalische Leitung hat Musikdirektor Martin Gubert.

gierung, Bericht darüber zu erstatten, welche Truppenteile, die noch im Baltikum stehen, sich der Befehlsgewalt fügen und welche Möglichkeit besteht, mit Hilfe dieser Truppen den Renegaten erfolgreich entgegenzutreten. Denn nochmals: das deutsche Volk hat nicht Lust, wegen eines Abenteuerers, dessen Trogweite vorauszufragen war, noch mehr ins Elend hinabgedrückt zu werden.

Ferner ist streng zu untersuchen, ob eine Unterstützung der baltischen Abenteurer von privater deutscher Seite erfolgt. In Berlin laufen deutsche Offiziere mit russischen Hofadren herum, die vierteljährliche Zarenkronen auf den handelsbreiten Schlüsselstücken tragen. Ferner ist die Behauptung zu entkräften, ob in Berlin eine Zentrale russischer Gegenrevolutionäre besteht, in der Reaktionen deutsche wie russische Kalibers in holder Eintracht zusammenwirken.

„Die Worte hör' ich wohl“.

Wir konnten schon vor einigen Tagen den merkwürdigen Eifer feststellen, mit dem Clemenceau die Einberufung des Völkerbundes betreibt, dieses Kindes des Weltkrieges, dessen ursprünglich schon gedachte Züge gerade durch Clemenceau und seine politischen Freunde im Ententelager arg verzerrt worden sind. Dieser auffallende Eifer tritt in einem Brief, den der französische Ministerpräsident an Lloyd George geschrieben hat, erneut zutage. Zunächst erwähnt er verschiedene Probleme, deren Lösung Aufgabe des Völkerbundes sei: Durchführung des Friedensvertrages, Regelung jener Fragen, die im Vertrage selbst nicht ausgeführt sind, usw., und führt dann fort:

„Ich weiß, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß in dieser Materie weder die Regierung noch der Völkerbund etwas erreichen können, wenn sich bei den Völkern nicht eine moralische Vorbereitung vollzieht. Kein anderer Mann ist besser qualifiziert, als Wilson anlässlich der Eröffnung der Völkerbundsversammlung den Völkern in Erinnerung zu rufen, daß der Völkerbund Ansehen und Einfluß auf der Erde gewinnen kann, wenn es ihm gelingt, das internationale Solidaritätsgefühl, aus dem es entspringt, zu erhalten und zu entwickeln. Ich meinerseits wäre glücklich, wenn ich an dieser Aufgabe mitarbeiten könnte.“

Theoretisch sind von Clemenceau Aufgaben und Ziele des Völkerbundes vollkommen richtig erkannt. Es ist durchaus zutreffend, daß nach dem Weltkriege eine moralische Erneuerung, eine moralische Wiedergeburt der Völker auf Grund gebesselter Existenzbedingungen erfolgen muß. Desgleichen stellt sich der Appell an das Solidaritätsgefühl der Nationen als dringlichste Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Völker dar. Gerade diese Worte aber aus Clemenceaus Munde zu hören, ist zwar erfreulich, „allein mir fehlt der Glaube“.

Vorläufig ist nach allem, was Clemenceau sich geleistet, die Meinung berechtigt, daß er sich des Völkerbundes bedienen will, um Deutschland, das ausgeschlossen ist, um so wirksamer niederzuhalten und zu knebeln. Denn der Völkerbund, wie er gegen Wilson durch Clemenceau entstanden, ist noch kein Bund der Völker, sondern vorerst eine Versicherungsgesellschaft zum Selbstschutz der imperialistischen Bourgeoisie Frankreichs sowie der angelsächsischen Länder.

Euer Deutschgeboren!

Dem Vaterländischen Jugendbund „Fürst Bismarck“ ist großes Heil widerfahren. Er hat das Geld zu einer schwarz-weiß-roten Bundesfahne zusammengebracht. Dies veranlaßt die Leitung zur Verleumdung folgenden Zirkulars:

Vaterländischer Jugendbund Fürst Bismarck (deutsch-böhmisch)
Euer Deutschgeboren!

laden wir hiermit zu der am 8. Oktober 1919, nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Wilhelmhof“, Schöneberg, Ubersingstraße, stattfindenden

Fahnenweihe

gang ergebnis ein.

Am 10. Mai 1919 wurde der V. J. B. „Fürst Bismarck“ ins Leben gerufen, erfüllt von der großen Aufgabe, die deutsche Jugend (Jungen und Mädchen) zu sammeln, zu erziehen und zu erhalten im alten Bismarckischen Geist, im Herzen mit unaussprechlicher Liebe zu Kaiser und Reich, aufblickend zur ruhmbedeckten Fahne schwarz-weiß-rot. Würdig unserer Väter wollen wir uns zeigen; nicht achtend alles seit dem schmäh- und verhängnisvollen 9. November 1918.

Es ist uns gelungen, in dieser kurzen Zeit die Mittel zu einer Bundesfahne aufzubringen, deren feierliche Weihe am oben genannten Tage stattfinden soll.

Euer Deutschgeboren bitten wir, unsere vaterländische Jugendbewegung zu unterstützen und uns zum Weihefest mit Ihrer Anwesenheit zu erfreuen.

In Treue steht!

Mit treudeutschem Gruß

Der Vorstand.

Es liegt uns fern, die feierliche Weihe zu fördern. Im Gegenteil, wir empfehlen die weitere Fortbildung deutsch-nationaler Anreden und machen heute schon folgende Vorschläge: Euer Langschädel, Euer Blondgelockt, Euer Kafferein; für Junglingsvereine vielleicht auch noch — Euer Unbeschnitten.

Eine nationalstiftische Hochschule. Auf der Technischen Hochschule in Hannover wurde zwei ferbischen Studenten die Aufnahme verweigert. Rektor dieser Hochschule ist ein Geheimrat Troske, der wegen seiner chauvinistischen Gesinnung bekannt ist. Erschwerend kommt hinzu, daß die beiden Studierenden bereits vor dem Kriege in Deutschland studiert hatten und während des Krieges als Ingenieure in deutschen Fabriken dem Deutschen Reich Dienste geleistet haben. Die Angelegenheit einer näheren Prüfung zu untersuchen, dürfte Aufgabe des Kultusministeriums sein, das wir hierauf hinweisen wollen.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse war die Tendenz wenig einheitlich. Neue Kaufaufträge aus der Provinz bewirkten verschiedene Kurserhöhungen. Andererseits schritt die Spekulation zu Realisationen. Böher gingen wieder Kolonialpapiere um, und zwar ließen Deutsche Kolonialgesellschaft bis auf 2310, Komona bis 3400; South-West-Company waren mit 181 wenig verändert. Auch Omani-Anteile und Neu-Guinea befehrten ungefähr auf gestrigem Stand. Fest waren Canada und Orientanbahn. Schiffahrtaktien wiesen geteilte Haltung auf. Die Führung hatte Argo-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Leicht abgeschwächt war die Haltung am Montanmarkt. Rentenwerte waren wenig verändert. Fremde Renten vermindert.

Groß-Berlin

Kartoffeleinkaufungen vom Erzeuger.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats erfaßt uns um Aufnahme nachfolgender Notiz: Die Kartoffelernte bliebt in diesem Jahr in den meisten Bieckkreisen weit hinter den Erwartungen zurück. Wir werden im allgemeinen nur mit einer mittleren Ernte in Kartoffeln rechnen können. Dazu kommt, daß der Beutemangel auf dem Lande und die ganz außerordentlich schlechte Waggongstellung die Kartoffelabladungen nach den Großstädten erheblich einschränkt. Die Eisenbahnverwaltung kann zurzeit nur ein Drittel der für die Kartoffelverladungen benötigten Waggons stellen. Die Berliner Gemeinden werden daher kaum in der Lage sein, große Reserven für die Wintermonate auf Lager zu nehmen. Jedem, der sich für die spätere Zeit die volle Kartoffelration sichern will, ist deswegen dringend anzuraten, für sich und seine Angehörigen, gemaßerweise Kartoffeln vom Erzeuger unmittelbar auf Bezugsschein zu beziehen. Die Anträge auf Erteilung der Bezugsscheine können in Berlin wöchentlich von 8 bis 8 Uhr im Bureau der Kartoffelversorgung, Schillerstr. 7, gestellt werden.

Wir vermögen nicht einzusehen, inwiefern diese teufelweise Zuführung der Kartoffeln etwa den Waggongmangel beseitigen könnte. Wir glauben vielmehr, daß man auf diesem Wege wohl nur den freien Handel fördern will. Alle Welt wird nun natürlich wieder auf die Kartoffelhandlung gehen und dabei maßlose Preise bezahlen müssen. Glaubt die städtische Kartoffelverteilungshilfe durch den obigen Hinweis ihrer Versorgungsverpflichtung entbunden zu sein?

Einschränkung des städtischen Hochbaugebiets für Wohnzwecke.

Die Entwicklung einer gesunden Wohnweise in den Großstädten war bisher vielfach durch die vorhandenen Bauordnungen gehindert, durch die umfangreiche Stadterweiterungsgebiete dem Hochbau zugewiesen waren. Diese baupolizeilichen Bestimmungen, die eine zu weitgehende Bebauung der Grundstücke zulassen, haben vielfach eine unerschaffte Steigerung der Bodenpreise zur Folge gehabt, wodurch dann die Wohnweise in den Vorortgebieten ungünstig beeinflusst worden ist. In jüngerer Zeit ist daher von dem früheren Staatsminister für das Wohnungswesen mehrfach auf Abänderung der geltenden Bestimmungen und auf eine Wahrung der Bauvorschriften im Interesse einer Verbreitung des Hochbaues hingewirkt worden. Jetzt hat der Minister für Volkswirtschaft erneut auf die Notwendigkeit einer weiteren Einschränkung des Hochbaugebiets im Interesse des Kleinwohnungsbaues hingewiesen. Es ist zu fordern, daß die Phantasipreise für Baugelände auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt werden. Den Eigentümern und Häusern muß zum Bewußtsein kommen, daß sie mit trügerischen Werten rechnen, wenn sie für unbebaute Grundstücke Werte in Rechnung stellen, die auf Baupolizeivorschriften aufgebaut sind. In dem erwünschten Erfolg wird daher eine erneute Prüfung aller städtischen Bauordnungen zwecks weiterer Einschränkung des Hochbaugebiets angeordnet. Uebersoll, wo die Bodenpreise auf Grund der bisherigen Bauordnungen eine besondere Höhe erreicht haben, soll die Bebauungsmöglichkeit durch Änderung der bisherigen Bauvorschriften herabgesetzt werden. Diese Herabsetzung soll so beschaffen werden, daß bei der Veranlagung zur Vermögensabgabe und Erbschaftsteuer nicht mehr Werte eingestuft werden, die durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt sind.

Ausführungsbestimmungen zum Branntweinmonopol.

Nach § 11 der Branntweinmonopol-Übergangsordnung unterliegen die am 1. Oktober 1919, im freien Verkehr befindlichen Bestände an Trinkbranntwein dem Freigeld.

Von der Entrichtung des Freigeldes befreit sind Trinkbranntweinbestände, die sich im Besitz von Verbrauchern befinden, und solche, die bis zum 31. Dezember 1919 abgegeben werden.

Nicht zu den Verbrauchern gehören Gast- oder Schenkwirte und andere Gewerbetreibende, die sich mit dem Ausschank oder Vertrieb von Trinkbranntwein befassen, ferner Konsumvereine, Kaffeehäuser, Kantinen, Logen und ähnliche Vereinigungen.

Nach § 12 bedarf es für die im Besitz von Verbrauchern befindlichen Trinkbranntweinbestände einer Anmeldung nicht; alle übrigen Trinkbranntweinbestände sind sofort vom Besitzer bei der Behörde, in deren Bezirk der Branntwein lagert, mit einer Anmeldung nach Muster 5 anzumelden. Wer die Befreiung nach § 11 in Anspruch nehmen will, hat die Anmeldung in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Gewalttätige Einführung eines Oberpfarrers.

Der Streit um die Besetzung der Oberpfarrerstelle der Charlottenburger Puffengemeinde droht zu einem scharfen Konflikt der Gemeinde mit dem Konsistorium zu werden. Das Konsistorium hat nämlich, trotzdem die Gemeindeglieder erklärt haben, dem ihnen aufgetragenen Kandidaten Oberpfarrer Richter aus Potsdam weder Gehalt zu zahlen noch eine Berufungsurkunde auszustellen, noch in der Gemeinde aufzunehmen, die gewaltsame Einführung des abgelehnten Pfarrers für den 12. Oktober vorgelesen. Wegen dieser Zwangsmaßregel werden die Gemeindeglieder in Laufe dieser Woche in einer gemeinschaftlichen Sitzung darüber schlüssig werden, wie sie ihre Abneigung gegen eine derartige Besetzung der Oberpfarrerstelle zum Ausdruck bringen können.

Fest an die Kriegsgefangenen im englischen, amerikanischen und italienischen Nachbereich mit Ausnahme der in einigen oberseeischen Ländern festgehaltenen Gefangenen ist nicht abzusehen, da die Rückführung dieser Gefangenen voll im Gange ist. Postsendungen an deutsche in britischer Hand auf französischem und belgischem Boden befindliche Gefangene können überhaupt nicht mehr befördert werden. Unterwegs befindliche gehen an die Wende zurück. Für Gefangene in französischer, belgischer, russischer, polnischer und rumänischer Gewalt treffen diese Ausführungen nicht zu. Sendungen an diese Gefangenen sind daher, soweit ein Postverkehr überhaupt möglich ist, nach wie vor abzusehen.

Der Groß-Berliner Wohnungverband beriet gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters B er m u t h die derzeitige Lage des Wohnungsmarktes. Es wurde beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen, der mit dem Herrn Wohnungsminister darüber beraten soll, wie noch wirksamer angefaßt der wachsenden Wohnungsnot die dringend notwendige Errichtung von Neubauten gefördert und verbessert werden kann. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde Eggelens B er m u t h gewählt.

Eine Jugend-Eifersuchtsdramödie. Auf offener Straße erschossen wurde gestern abend der 20 Jahre alte Rutscher Karl Marx aus der Hornborfer Str. 58 von dem 17 Jahre alten Oberrealschüler Rudolf Zander aus Hamburg, der in Berlin seine Ferien verbringt. Zander war mit der Braut des Marx mehrere Male ausgegangen. Der junge Rutscher überredete beide im Hotelzimmer und stellte das Mädchen zur Rede, das nun wieder ihrem ersten Liebhaber folgte. Zander folgte den beiden. In der Hornborfer Straße kam es zwischen den beiden Nebenbuhlern zu einem heftigen Ringkampf, in dessen Verlauf der junge Rutscher von dem Schüler erschossen wurde. Zander gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben.

Der Raubmordverfuch in der Seefraße. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Verletzungen der Frau von einem langen, spitzen Werkzeug herrühren. Sie haben zum Teil das Gehirn bloßgelegt und sind so schwer, daß an ein Aufkommen der

Frau kaum noch zu denken ist. Geraubt worden ist nach den bisherigen Feststellungen ein 1/2 Meter langer und 1/2 Meter hoher brauner Koffer mit mehreren Kleidungsstücken und mehreren Kleiderbüchsen, darunter ein goldrotes Kleid. Ob Frau Gruber auch Geld befehen hat, sieht noch nicht fest. Gesehen worden ist die Frau zuletzt am Sonnabend nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, als sie Milch holte. Sie trug damals noch einen Verband wegen der Verletzung, die sie sich beim Straßenunfall an der Weidenbammer Brücke zugezogen hatte. Am Freitag abend waren zwei unbekannte junge Männer bei ihr, von denen einer einen hellgrauen Pelourhut trug. Am Sonnabend nachmittags war gegen 4 Uhr nachmittags ein junger Mann im Hause, der sie zu verbergen suchte. Er trug einen weißen Hut. Es ist dringend erwünscht, über ihn und die beiden anderen näheres zu erfahren. Alle Mitteilungen werden im Zimmer 58 des Berliner Polizeipräsidiums entgegengenommen. Zwischen dem Täter und seinem Opfer hat sicher ein heftiger Kampf stattgefunden. Das beweisen nicht nur die Verletzungen an der Hand der Frau Gruber, sondern auch Blutspitzer an den Wänden. Der Täter hat sich ohne Zweifel dabei auch mit Blut besudelt.

Stetig. Aus der Gemeindevertretung. Wegen einer abermaligen Nachbewilligungsforderung für die Bürgerwehr in Höhe von 47 000 M. griffen in der letzten Gemeindevertretung Sozialdemokraten und Linobändige zu dem Mittel der Obstruktion. Sie verließen die Sitzung und führten dadurch die Beschlußfähigkeit herbei. Vorher war die Erziehung eines Wohlfahrtsamtes beschlossen worden und die Anstellung eines wissenschaftlich gebildeten Bibliothekars für die neu einzurichtende Volkshochschule. Auch die Vorlage des Gemeindevorstandes auf Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer von 280 auf 300 Prozent, sowie Verziehung der Einkommen bis 1500 M. und Ermäßigung des Steuerfußes für Einkommen von 1500—2000 M. — was durch stärkere Heranziehung der Einkommen über 7000 M. wieder eingekürzt werden soll — fand einstimmige Billigung. Bezüglich der Bezirksenteilung für das zukünftige Groß-Berlin wünschte die Versammlung die Vereinigung mit Dahlem, Lichterfelde, Lantow, Südenbe, Hellendorf, Wannsee und Teltow, um Siedlungsmöglichkeiten zu schaffen. Zweck Herabsetzung der Klassenfrequenz in den Gemeinde- und Mittelschulen wurde der Betrag von 78 500 M. bewilligt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Bankrot. Ab heute auf den Stammschnitt der Volkskassette für September zwei Wochen Zuteilung oder Rest. — Ab heute 250 Gr. ausl. Nalamehl (56).

Permdorf. Die 14 Hund Kartoffeln für 13, 15, 19, und 20, 25, 28, 30, 32 und 43) können bereits vom 6. bis 12. Okt. einommen werden.

Zehlern. 6.—12. Oktober. Vom Mittwoch bis Freitag 250 Gramm Kuchentüte beim Kuchentüte (72), 250 Gramm Kuchentüte (72), 150 Gramm inl. Kuchentüte (89), 100 Gramm amerik. Kuchentüte (2 1/2 und 3 1/2). Nur Kinder im 1. bis 4. Lebensjahre und für Leute, die vor dem 1. Okt. 1899 geboren sind (18) 100 Gramm Kuchentüte. Voranmeldung Dienstag und Mittwoch 9.—12. Okt. im Saal, Zimmer 9. Ab heute auf Karten Kondensmilch, Walzerkraut aus Argentinien, Mittel-, Selbsterlinge, Wabellöcher in Dosen, Kraftbrot, Leberwurst, Leberöl.

Johannisthal. Ab Freitag 100 g Kuchentüte (89), 250 g Kuchentüte (90), 250 g Kuchentüte (91), zwei Suppenwürfel (91), Sonderzuteilung (92).

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Waltung, Genossinnen Groß-Berlin! Frauenkonferenz Groß-Berlin Mittwoch, den 8. Oktober, nachmittags 4 1/2, (pünktlich) im Beschlus des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Behm-Schau über die Verfassung der deutschen Republik. Wahl einer Delegierten in den Parteiausssch. Ergänzung des Bezirksbildungsausschusses u. a.

2. Abteilung. Mittwoch 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlungen bei Genossin Wilhelmstr. 6, Genossin Zimmerstr. 20, Genossin Charlottenstraße 7/8, Genossin Margaretenstr. 17, Genossin Hollmannstr. 16.

2.—8. Okt. Donnerstag 6 1/2 Uhr, VI. Reichshaus, Belle-Alliance-Straße 80: Allgemeine Konferenz der Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte. Grüne Karte legitimiert.

2. P. D. Zehlern. Mittwoch 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Schilling, Köpenick-Luisen-Str. 42.

Winterdorf. Lehnische Frauenvereinigung Donnerstag 7 1/2 Uhr Cecilienstraße, Wollsdorfer Weg. Frau Adele Schreiber über: Unsere Jugend, unsere Zukunft. — Jahlabend am Mittwoch 11 1/2 Uhr. Ein besitz stiftender Jahlabend wird noch bekanntgegeben.

Gehelnd. Der Jahlabend findet morgen, Mittwoch, in den bekannten Lokalen statt.

Wittenau. Mittwoch 7 Uhr Jahlabend bei Sommer.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften oder Betriebsorganisation.

In der heutigen Volksversammlung des „roten“ Volksgenossenschaftlichen Organisations zwischen den rechtsstehenden Anhängern der U. S. P. und ihrem linken Flügel, der in Uebereinstimmung mit den Vertretern der K. P. D. die Betriebsorganisation für die geeignetste Form der Organisation hält, herausgebildet haben, hart zusammen. Für die auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation stehenden Volksgenossenschaftsmitglieder sprach K a l h a n von der U. S. P. Der Redner kam zwar dem Drängen der Anhänger der Betriebsorganisation in der Beurteilung des bisherigen Wirkens der Gewerkschaften weit entgegen, steht aber doch in der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften“ großes Unheil für die Arbeiter. K a l h a n bekräftigte schließlich namens der U. S. P. nachstehende Resolution:

„Die Volksversammlung erklärt zu der Frage „Betriebsorganisation oder Gewerkschaften“, daß durch die Revolutionierung der Gewerkschaften diese als revolutionäre Kampforganisationen umgebaut werden müssen, daß aber im übrigen diese Frage keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft eines Betriebes geben darf.“

Für die Kommunisten sprach dann K a l h a n. Er brachte seinerseits einen Antrag in Vorschlag, wonach die Aufhebung aller Beschlüsse verlangt wird, die von den Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verlangen. An die beiden Referate schloß sich eine längere Diskussion an, die bei Schluß der Redaktion noch andauert.

Streik bei den Privatbahnen.

Die Privatbahngesellschaften der Firma Lenz u. Co. sind in den Besitz des Reichs, Stettin, Stralsund und Breslau in den Ausstand getreten. Es handelt sich in der Hauptsache um die Forderung der Angestellten, den staatlichen Bahnarbeitern in bezug auf Lohn und Teuerungszulage gleichgestellt zu werden. Verhandlungen mit den Angestellten schweben überall, und man hofft, schon in wenigen Tagen zu einer Einigung zu kommen. In Stralsund stößt, durch die örtlichen Verhältnisse bedingt, die Zufuhr, soweit sie durch die Kleinbahn erledigt wurde. Die Strecke Stralsund—Franzburg ist außer Betrieb.

